

man, dass in Kriegszeiten auf Höchstpreise jemals verzichtet werden könnte?

Ein durchschnittliches Preisniveau ist also, selbst wenn die Statistik noch ausserordentlich verfeinert würde, ein ganz unzureichendes Mittel, die ganze Geldpolitik darauf aufzubauen. Sie ist in der Weise, wie die Anhänger der absoluten Währung sich das denken, auch gar nicht durchzuführen. Richtig ist, dass in der Hausse die Geldmenge nicht noch vermehrt werden sollte. Wie ich in meinen Schriften über das Geld betonte, sind über den „Geldbedarf“ in der Tat ganz falsche Vorstellungen vorhanden. Aber auch hier treten die realen Geldzeichen an Bedeutung hinter der abstrakten Rechnungseinheit zurück. Viel wichtiger ist in der Hausse die künstliche Kaufkraftsteigerung durch Kreditanspannung, die ganz ohne Zahlungsmittelvermehrung Platz greifen kann und auf die die nur letztere betreffende Freigeldpolitik ganz ohne Einfluss bleibt. Eine entsprechende Diskontpolitik, nur viel energischer betrieben als bisher und nicht ausschliesslich durch den „Status“ der Notenbank veranlasst, würde praktisch viel mehr leisten als die schwer durchführbare Einziehung realer Zahlungsmittel. Und in welchem Umfange sollte diese erfolgen? Die unbedingt notwendigen Richtlinien dafür anzugeben unterlässt die Freigeldlehre aus leicht begreiflichen Gründen. Theoretisch richtig ist auch, dass man in Zeiten des Aufschwungs

die Steuerschraube stärker anziehen sollte. Ich habe schon vor 15 Jahren betont, dass die Auffassung der Geschäftsleute, die eine Aufschwungsepoche für den normalen Zustand der Volkswirtschaft halten, verkehrt ist, ebenso wie ein Fieber nicht der normale Zustand des Körpers ist. Aber so berechtigt es ist, steigende Einkommen und damit gestiegene Kaufkraft schärfer zu erfassen und so ein fortgesetztes Steigen der Preise zu erschweren, so schwierig ist es doch, dies mit Indexziffern und Geldvermehrung in einen automatischen Zusammenhang zu bringen. Im ganzen sei wiederholt: Der Gedanke, alle grössern Preisveränderungen nur durch Massregeln von der Geldseite her ausschalten zu können, bedeutet eine völlige Verkennung der tauschwirtschaftlichen Organisation überhaupt und der rein rechnungsmässigen Natur des Geldes darin im besondern.

Auf die Abhängigkeit der Schweiz vom internationalen Verkehr bei Einführung der absoluten Währung will ich gar nicht eingehen. So sehr ich den Schematismus und das Kleben an der Schablone gerade auch dem Gelde gegenüber in der Wissenschaft sowohl wie im praktischen Leben bekämpfe, so unzweifelhaft richtig auch manche Einwendungen gegen die Goldwährung sind, so kann ich mir doch nicht denken, dass in einem Lande wie der Schweiz so wenig wissenschaftlich und praktisch begründete Forderungen wie die Freigeldlehre grossen Einfluss erlangen könnten.

Freiland, Freigeld!¹⁾

Von Prof. Heinrich Sieveking.

Die Arbeitsteilung kann zu dem unerwünschten Ergebnis führen, dass auch nahestehende Berufe einander nicht verstehen, und viele Missverständnisse ergeben sich dadurch, dass ein Beruf an seinem Nachbarn nur die Lächerlichkeiten wahrzunehmen vermag. Wo es sich um Grenzfragen handelt, müssten die umfassendsten Kenntnisse erwartet werden, aber auch der ausgezeichnete Fachmann fällt nicht selten veralteten Theorien des Nachbargebietes anheim. So mag zwischen Theorie und Praxis der Volkswirtschaft ein Gegensatz klaffen, wie in Frankreich, wo einer die Menschheit umspannenden freihändlerischen Theorie eine engherzig nationalistische Praxis gegenübersteht. Neuen Problemen gegenüber versagt manche an sich nicht üble Theorie, die auf eine andere frühere Praxis zugeschnitten war,

¹⁾ Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 3. Auflage 1919.

und wehe der Praxis, die auf unzureichende, veraltete Lehrsätze sich stützt! Theorie und Praxis bleiben aufeinander angewiesen. Was ist die Theorie anders als die Herausarbeitung der Grundsätze der Praxis, und wie wäre eine folgerichtige Praxis anders als anhand einer richtigen Theorie möglich! Neue Tatsachen verlangen neue Durchdenkung der Probleme, aber auch eine neue Theorie hat den Anspruch, auf ihre Stichhaltigkeit gegenüber der Erfahrung geprüft zu werden.

Die Lehre vom Gelde gehört zu den bestausgebauten Gebieten der sozialen Ökonomie. Es gab eine Zeit, wo man in ihr das Wesen der Volkswirtschaft überhaupt zu erkennen glaubte. In diesem Sinne schrieb Büsch 1780 seine Abhandlung von dem Geldumlauf. Wir wissen, dass Geld und Preise nur der Ausdruck der dahinter liegenden Produktions- und Konsumtionsprobleme sind. Sowohl die Einzel- wie

die Volkswirtschaft vermag man sich unter einer Buchführung vorzustellen, bei der es darauf ankommt, die ihren eigenen Gesetzen folgenden Einnahmen und Ausgaben möglichst auszugleichen. Ohne einheitlichen Verrechnungsmassstab keine Buchführung. Das Mittel aber zur Wertschätzung der einzelnen Posten und der Zusammenfassung des ganzen in der Bilanz ist das Geld.

Wir waren gewohnt, im Gelde ein Tauschgut von einigermassen beständigem Werte zu sehen, das uns gestattete, mit ihm, wie mit einer gleich zeigenden Wage zu rechnen und unsere Aufmerksamkeit vor allem den Verschiebungen in der Produktion und im Bedarf und ihrem notwendigen Ausgleich zuzuwenden. Unsanft wurden wir daran gemahnt, dass die Konstruktion dieser Wage selbst ein Problem ist, wie denn die Verschiebung ihres Hebels zu Vermögensumwälzungen und Zerstörungen führen kann, die alles andere weit hinter sich zu lassen scheinen. Kein Wunder, wenn eine unter der Geldzerrüttung leidende Wirtschaft den als Retter begrüsst, der durch eine Geldreform sie neu aufzubauen verspricht. Wie, wenn es gelänge, damit nicht nur die Waage wieder aufzurichten, sondern das Gleichgewicht selbst zwischen Produktion und Konsum, auf das es in der Volkswirtschaft vor allem ankommt, wieder herzustellen?

So jubelte alles *Law* zu, als er angesichts der Schuldenlast von 2.4 Milliarden Livres, die Ludwig XIV. hinterlassen hatte, erklärte: tut nichts! wir machen das zu Geld; dann haben wir mehr Geld als die Engländer und können durch eine Geldreform das erreichen, was des XIV. Ludwig Kriege nicht erreichten, die Weltherrschaft Frankreichs. Seit Philipp dem Schönen hatte Frankreich staatliche Geldpolitik getrieben, indem es je nach Bedarf der Krone den Wert des Geldes änderte, zumeist die Münze verschlechterte. *Law* setzte diese Staatsregulierung im grossen fort. Waren 1715 noch 28 Livres auf die M. Silber gegangen, so wurden es 1716 40, 1720 60, schliesslich 90, die allerdings im Laufe des Jahres wieder auf 30 zusammengezogen werden sollten. Vor allem war *Law* der erste, der im grossen das Papiergeld, das sich bequemer handhaben liess, zu solchen Operationen benutzte. Alles sollte Geld werden, das ganze Steuervermögen Frankreichs. Als die Aktien seiner Mississippi-Kompagnie, deren Haupteinnahme die Steuerpacht bildete, zu Geld in festem Umtauschverhältnis gegen die Billette seiner Bank und gegen die zu Scheidemünze degradierten Edelmetalle erklärt wurden, rühmte *Law* den Vorzug des Papiers vor den Edelmetallen: Gold und Silber müsse Frankreich aus dem Ausland beziehen, das Papier stelle nationale Werte dar, der Preis von Gold und Silber sänke durch zufällige neue Funde, die Aktien seien in beschränkter Menge ausgegeben.

Die Fülle des Geldes sollte den stockenden Warenumsatz in Frankreich beschleunigen, gleichzeitig den Zins, *Law* hoffte bis auf $1\frac{1}{2}\%$, herabsetzen. Nicht nur allen Schuldnern, unter denen der Staat der grösste war, wäre damit geholfen gewesen, die Unternehmungslust erhielt dadurch auch einen ungeheuren Antrieb. Hervorragende Sozialökonomien des XVIII. Jahrhunderts, ein *Steuart*, ein *Büsch*, erkannten die Genialität des *Law*schen Planes an. Er unternahm es, auf eine durch die Willkür des Herrschers und die Trägheit der Massen rückständige Wirtschaft die fortgeschrittenste Technik des Verkehrs zu pflöpfen. Die für den vorübergehenden Bedarf der Aktienzeichnung stark erhöhte Geldmenge brachte in der Hauptstadt eine heftige Teuerung, der zu begegnen *Law* am 21. Mai 1720 einfach den Wert des Papiers auf die Hälfte in Raten bis zum Dezember d. J. herabsetzte. *Law* kannte den Markt, aber er hatte die Überlegenheit seiner Stellung nur dazu benutzt, eine Konjunktur zu der schwindelhaftesten Höhe zu treiben, die wohl je erreicht ist, und der ein um so schlimmerer Krach folgen musste. All seine *staatliche Macht*, die ihm als Nachfolger *Colberts* zustand, half *Law* nichts, als er den Wert des Geldes, wie er meinte, einer verringerten Nachfrage entsprechend regulieren wollte. Das *mechanische Mittel*, entsprechend den gestiegenen Preisen den Wert des Geldes herabzusetzen, das jetzt die Tschecho-Slowakei wiederum angewandt hat, versagte, weil in dem Moment das Vertrauen der Geldempfänger auf die Zahlungskraft dieses Papiers erschüttert wurde. Es fiel weit unter den Wert der Hälfte und erholte sich auch nicht, als das verhängnisvolle Dekret nach ein paar Tagen zurückgenommen wurde.

Die Staatsbedrängnis liess Frankreich in der Revolution noch einmal zum Papiergeld greifen. Ebenso wie das Kontinentalgeld, das den Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit gegen England erringen half, entwerteten die Assignaten sich rasch vollständig, immerhin, nachdem sie Frankreich die Mittel verschafft hatten, Belgien zu erobern. Das erste Beispiel eines auch in Krisen beständigen Papiergeldes schuf *England* im Kampfe gegen die französische Revolution und gegen Napoleon. Aber dies Geld war kein Staatsgeld. Wohl lieb ihm der Staat seine Autorität, indem er die Bank von England 1797 von der Verpflichtung, ihre Noten jederzeit in bar auszulösen, entband. Aber die ausgebende Stelle war eine private Aktienbank, die allerdings staatliche Privilegien, vor allem aber öffentliches Vertrauen genoss. Das Entscheidende war doch, dass der Geldempfänger, die Kaufleute der City, sich zusammenfanden zu der Verpflichtung, die Noten der Bank nicht als Zahlungsmittel zurückzuweisen. Und nicht mechanisch, entsprechend dem Fallen oder Steigen

der Preise, wurde die Zahl der Noten festgesetzt, sondern die Bank suchte sich dem Bedarf des Verkehrs anzupassen, indem sie nur gegen sichere Handelswechsel Noten ausgab. Freilich blieb auch unter solch dreifacher Garantie, Staat, dem Verkehr dienende Ausgabestelle, Geldempfänger, die englische Währung nicht frei von Erschütterungen. Im Verlauf des erbitterten Krieges liessen Missernten und die Kosten der im Ausland geführten Feldzüge den Kurs des £. St. unter die Münzparität sinken. Damals erhob Ricardo den Ruf: zu viel Noten sind da! schränkt ihren Umlauf ein, dann wird der Preis sich wieder einrenken. Während des Krieges konnte man sich zu solcher Einschnürung des Wirtschaftslebens nicht verstehen. Nach wiederhergestelltem Frieden war jedoch die Rückkehr zur Deckung der Währung in Gold eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Es hatte sich gezeigt, dass nicht die absolute Menge der Noten entscheidend war. Denn nach den kritischen Jahren hatte sich der Kurs trotz stark vermehrter Notenmenge gebessert. Die Wiederherstellung der Einlöschungspflicht wirkte wie eine Einschränkung der Notenausgabe. Englands Weltverkehr brauchte eine stabile Währung. Ihr wurden die Interessen der Unternehmer, die von den sinkenden Kursen profitiert hatten, nachgestellt. Den Pächtern, die höhere Preise genossen hatten, wurde zum Ausgleich ein Schutzzoll bewilligt, die Industriellen fanden in den damals um sich greifenden technischen Fortschritten einen weit wichtigeren Ersatz.

Seither haben die zentralen Notenbanken ihre Hauptaufgabe darin gefunden, nicht wie Law stimulierend, sondern regulierend auf die Konjunkturen einzuwirken, bei Hausse warnend Kredite einzuschränken, bei Baisse ermunternd sie auszudehnen. Die Diskontpolitik, die Festsetzung der Sätze, zu denen Wechsel angekauft werden, wurde aber dadurch erschwert, dass das Geld eine doppelte Funktion erfüllt. Es ist nicht nur Wertmass, sondern zugleich die flüchtigste Form des Kapitals. Die Stabilität der Währung lässt sich oft nur mit Einschränkung des Kredites erkaufen. Erhaltung des volkswirtschaftlichen Umlaufs durch reichlichen Kredit konnte manchmal wichtiger erscheinen als Festhaltung der Währung unter allen Umständen. Vor dem Kriege sah England wegen seines Weltverkehrs in erster Linie auf die Stabilität der Währung, die es in häufiger Änderung der Diskontsätze zu schützen suchte, Belgien dagegen, vor allem durch Rücksichten auf seine Produktion bestimmt, hielt den Diskont auch niedrig, wenn die Aufrechterhaltung der Währung seine Erhöhung verlangt hätte. Im Kriege ist überall die Rücksicht auf die Erhaltung des volkswirtschaftlichen Umlaufs, den so viele Umstände hemmten, massgebend gewesen, und der

Ruf: Herauf mit den Bankraten! zur Erhaltung des Gleichgewichts der Währungen musste zurücktreten, schon ehe eine Überschwemmung mit Papier als letztes fiskalisches Mittel der in den Krieg verwickelten Staaten nötig wurde.

Auch die *Schweiz* ist der Verkehrsstockung der ersten Kriegswochen erfolgreich durch vermehrte Geldausgabe entgegengetreten. Im Gegensatz zur Praxis der Friedenszeit haben an Stelle privater Handelswechsel staatliche Schatzwechsel die Hauptdeckung der Noten der Nationalbank gebildet. Die Noten waren also auch ein Mittel zur Finanzierung des Staatsbedarfs. Es muss aber hervorgehoben werden, dass der staatliche Handel z. B. in der Lebensmittelversorgung an die Stelle des privaten trat und dass die Schweizer Schatzwechsel hauptsächlich zur Finanzierung dieses die Durchhaltung der Ernährung sichernden Verkehrs ausgegeben wurden. Nicht die absolute Menge des Geldes war entscheidend. Mochte es eine Milliarde Franken Papier in der Schweiz geben. Mochten diese knapp nach den Vorschriften „gedeckt“ sein. Auch die teilweise Bardeckung fiel nicht ins Gewicht. Verlangte die Teuerung der aus dem Ausland zu beziehenden Notwendigkeiten und die Vermehrung der Barumsätze bei Panik mehr Geld, so war viel Geld auch bei ungenügender Deckung ungefährlich, sofern nur die Produktivkräfte des Landes in den Stand gesetzt wurden, auf die Dauer den Konsum zu decken. In der Zurückziehung der Noten nach dem Waffenstillstand und der Änderung der Finanzierung des Bundes durch kurzfristige Obligationen ist eine mutige Tat zu sehen. Die Teuerung ist in der Hauptsache auf die gestörten Produktionsverhältnisse zurückzuführen. Auf die Warenteuerung als Voraussetzung der Preissteigerung hat schon Büsch hingewiesen. Sie bedingt stärkere Verwendung von Geldzeichen. Deren übermässige Ausgabe und Beibehaltung wird dann freilich Anlass zu weiterer Preissteigerung.

Als Grund der von allen so schwer empfundenen Teuerung wurde dagegen von einigen einzig die übermässige Notenausgabe hingestellt. Dieser Kritik schloss sich *Freigeld* an. Seine Anhänger gingen jedoch viel weiter und hielten den Augenblick gekommen, die wogenden Probleme der Gegenwart durch das einfache Mittel einer Geldreform zu lösen.

Geldkrisen haben die schärfsten sozialen Verschiebungen zur Folge gehabt. Man konnte die bei der Lawschen eingetretenen als Vorbereitung der französischen Revolution bezeichnen. Da durfte der Plan auftauchen, durch eine Geldreform nicht nur die Erschütterungen der Konjunkturen zu vermeiden, sondern auch den Gegensatz der Klassen zu beseitigen. *Proudhon* unternahm es, den Sozialismus auf diesen Weg zu führen. Er sah in dem Gelde den Haupt-

grund sozialer Ungleichheit und wollte durch Beseitigung der Vorrechte des Geldes, dadurch, dass in seiner Tauschbank die Waren zu Geld erhoben wurden, ein Reich der Harmonie errichten, in dem nicht nur die wirtschaftlichen Unterschiede dahinfiele, sondern auch die staatliche Organisation mit ihren Abstufungen der Menschen entbehrt werden könnte.

Im Anschluss an Proudhon erhebt Silvio Gesell den Ruf: *Freigeld!* Die Geldreform soll die soziale Frage lösen und den Weltfrieden herbeiführen. In der Tat zwei herrliche Ziele, und wie schön wäre es, wenn sich ihre Erfüllung auf so einfachem Wege herbeiführen liesse! Nicht mehr Kommunismus, Mehrheitssozialismus, unabhängiger Sozialismus oder andere Richtungen, die sich gegenseitig bekämpfen, eine Partei nur sollt Ihr bilden, so rufen die Freigeldflugblätter den Sozialisten zu: *Freigeld!* Freilich gehört dazu auch *Freiland!* Schon Proudhon wusste, dass die Geldreform erst durch die Bodenreform vollendet würde. Den Bodenreformern aber werfen die Freigeldanhänger vor, dass sie mit der Aufhebung der Grundrente nur einen Teil der sozialen Unterschiede beseitigten. Erst wenn Zins und Rente wegfielen, wäre alles Einkommen nur Arbeitslohn.

Die Verteilung des Arbeitslohns macht der Freigeldtheorie weiter keine Sorge. Hier soll der freie Wettbewerb sich austoben dürfen. In der wirtschaftlichen Freiheit sehen die Freigeldleute das Ziel. Die liberale Ära hat sie nicht ganz vollenden können und es gälte jetzt nur, die Hemmnisse einer wirklichen Freiheit zu beseitigen. So glauben die Bodenreformer, selbst den freien Wettbewerb zwischen Kapital und Arbeit als weiter ungefährlich für die soziale Gleichheit zulassen zu können, und Oppenheimer bezeichnet sich als sozialliberal. Es bleiben also nicht nur Ungleichheiten in der Besoldung, die je nach der Dienstordnung sehr hohe sein können, vor allem können die selbständigen Gewinne weiter sehr verschieden ausfallen. Ist es aber nicht gerade diese Verschiedenheit der Einkommen, die aufreizend wirkt? Auf die Art ihrer Zusammensetzung kommt es doch weniger an. Neben riesenhaften Gehältern und Gewinnen z. B. von Direktoren von Versicherungsgesellschaften können sehr bescheidene Grundrenten und Zinseinkommen stehen.

Die Bedeutung der Grundrente ist von Ricardo in das schärfste Licht gehoben. Ihm schliesst sich auch Gesell an. Für ihre Höhe soll der auf noch freiem Land sich Ansiedelnde massgebend sein. Dieser *Freilandsiedler* bestimme aber auch den Lohn der Landarbeiter, denen die Auswanderung in dieses Freiland freistehe. Eine Grenze des Lohnes ist hier richtig und geistreich angegeben. Der Bodenreformer Oppen-

heimer weist auf die andere hin, die Möglichkeit, durch Wanderarbeiter aus Gegenden stärkeren gesellschaftlichen Druckes einen Ersatz zu schaffen. Der *Grenzkuli* bestimme den Lohn. Immerhin ist dabei auch die verschiedene Arbeitsleistung des auf Selbständigkeit bedachten Landarbeiters und des letzten, der noch für landwirtschaftliche Arbeiten in Betracht kommt, zu berücksichtigen. Auch bei gleicher Tüchtigkeit würde der Ertrag verschieden sein je nach der Güte des Bodens und der Entfernung vom Konsumplatze. Will Freiland diese Differenz beseitigen? Nein! Es soll nur die private Grundrente beseitigt, der Boden verstaatlicht und verpachtet werden. Was wäre damit gewonnen?

Das staatlich geschützte Privateigentum schliesst die Nichtbesitzer vom Boden aus. Diese Sperre soll beseitigt werden. Nun ist aber nur bei dünner Besiedlung der Boden ein freies Gut. Wenn niemand sein begehrt, nützt dem Besitzer auch das schönste Hoheitsrecht nichts. Wenn aber die Menge nach dem Boden drängt, vermag auch die Verstaatlichung seinen Seltenheitswert nicht zu beseitigen. Gewiss kann man mit geringeren Mitteln pachten als kaufen. Ob die Ansiedlung aber damit erleichtert wird, steht dahin. Auch der private Bodenbesitz ist ja keine absolute Sperre. Ankaufen kann man sich überall. Der Landwirt Gesell wandert, er pachtet bald hier, bald da, wo es ihm gefällt. Aber auch Freiland gibt ihm keine absolute Freiheit. Er steht unter der Konkurrenz der Pachtbewerber, die, wie Gesell selbst angibt, eine sehr starke sein wird, da nun mehr sich beteiligen können, und die ihn vielleicht ebenso wirksam wie der private Grundbesitz vom Boden ausschliesst. Der Wettbewerb unter den pachten Wollenden wird vielleicht so gross sein, dass die *Grundrente* nicht verschwindet, sondern steigt. Freiland will auch gar nicht ihr Verschwinden, sondern ihre *Verstaatlichung*. Die Grundrente soll dem Staate zu einer entscheidenden sozialen Reform dienen. Henry George wollte mit ihr die Last aller andern Steuern beseitigen. Silvio Gesell will durch sie erst den Frauen wahre Gleichberechtigung verschaffen. Was nützt ihnen das politische Wahlrecht, wenn sie nicht das zur menschlichen Hochzucht führende freie Zuchtwahlrecht üben dürfen, die Männerwahl, deren Folgen die Natur für sie anders als für die Männer gestaltet hat? Diese Ungleichheit will Freiland aufheben, indem der Staat die Grundrente restlos dem Mutterschutz zuwendet, aus ihr für jedes Kind bis zu 15 Jahren monatlich 40 M. zahlt.

Wir sehen, Freiland belastet den Staat mit einem gewagten Experiment. Die Auskaufung der Grundbesitzer bringt eine gewaltige Staatsschuld. Und nun liegt dem Staate die Verwaltung des nationalen Bodens

ob. Es heisst wirklich, der freien Konkurrenz viel vertrauen, wenn man ihr zumutet, sie werde jetzt alles aufs beste regeln. Wird der am meisten bietende Pächter auch der beste sein? Wird man den Staat jetzt nicht für das ganze Agrarwesen verantwortlich machen? Er hat es in der Hand, die Pachtbedingungen festzustellen, und jetzt erst fangen die Schwierigkeiten an. Soll er im Interesse einer reichlichen Versorgung einen technisch überlegenen Grossbetrieb vorziehen oder allen möglichst gleiche Lose geben, die aber keine Überschüsse abwerfen, und bleiben nicht so und so viele gleichwohl ausgeschlossen? Soll er beim Grossbetriebe mit einem leistungsfähigen Unternehmer abschliessen oder einer Genossenschaft von Landarbeitern vertrauen? Kann der Staat nur auf die Herstellung von Mustergütern sehen? Werden sich die Landwirte als seine *Pächter* besser stellen als früher oder wird nicht der Staat rücksichtsloser als ein Privater seine Pachten einzutreiben bedacht sein? Seine Finanzlage zwingt ihn dazu.

Freilich den *Staatsgläubigern* gegenüber nimmt Freiland seine Pflichten nicht allzu ernst. Sie sollen keinen festen Zins erhalten, sondern einen solchen, dass ihre Papiere immer auf *Pari* stehen. Wir würden sagen, dann braucht also der Staat noch einen Fonds zur Stützung der Kurse! Silvio Gesell jedoch rechnet, wie wir noch sehen werden, mit einer Entwertung des Geldes, die auch das *Pari* der Papiere so senken würde, dass schliesslich der Zins ganz wegfiel. Aber die *Mütter* werden sich melden, wenn der Pachtzins ihren Mutterschutz nicht mehr deckt. In Agrarreformen, die etwas kosten, kann also der Staat den Pächtern nicht zu sehr entgegenkommen. Die Sozialreform ist an das pünktliche Eingehen der Grundrente gebunden. Die Klassengegensätze sind darnach, nicht wie Gesell annimmt, beseitigt, sondern verschärft. Pächter und Mütter werden sich doch organisieren und, auch wenn mit dem jetzigen Staate das Parlament dahinfiele, im Kampf um den Einfluss auf den neuen Allverpächter offen oder geheim erbittert einander gegenüberstehen. Der Staat hat freilich noch ein Ausgleichsmittel in seiner Steuerhoheit. So lässt Freiland schliesslich den *Steuerzahler*, der ja nur noch aus Arbeitslohn die Steuer entrichten kann, die Kosten etwaiger Rückschläge seines Experiments zahlen. Die Steuerkraft der Bodenbenutzer hätte sich durch Fortfall der Grundrente so gehoben, dass sie das leicht tragen könnten. Aber sie zahlen in der Pacht doch auch weiter Grundrente, nur nicht an Private, sondern an den Staat!

Wir mussten auf die Freilandlehre deswegen näher eingehen, weil sie den Widerspruch in den Grundsätzen aufzeigt, dem wir auch beim Freigeld begognen werden. Götschel hat das Charakteristische der Lehre

in der Staatseinmischung gesehen, Christen konnte diesen Vorwurf damit zurückweisen, es komme ihr doch auf die Herstellung der wirtschaftlichen Freiheit an. Gewiss, wenn man Namen und Ziel der Bewegung allein betrachtet. Die Mittel indessen sind so mechanisch und gewaltsam, dass auf dem Wege zur Freiheit die Freiheit zusammenbrechen muss. So wollte ja auch Fichte die Freiheit der Vernunft begründen durch seinen geschlossenen Handelsstaat und wurde List trotz seines prinzipiellen Bekenntnisses zum Freihandel der Vorkämpfer des Schutzzolls.

Nicht um das Geld allein, sondern auch um den Zins ist es Freigeld zu tun. Der *Urzins* wird als ein Vorzug des Geldbesitzers gefasst, der sich durch die Dauerhaftigkeit des Geldes im Gegensatz zu allen andern Waren erkläre. Im Tausch hätte deswegen der Warenbesitzer den Nachteil, unter allen Umständen losschlagen zu müssen, während der Geldbesitzer warten könne und sich nur gegen einen Zuschlag bereit erkläre, abzuschliessen. Dieser Zuschlag sei der Zins.

Der *Urzins* ist aber auch ohne Geld überall vorhanden, wo nebeneinander stehende Wirtschaften sich gegenseitig gegen Entgelt aushelfen. Er kommt vor in Datteln oder Getreide gegen Darlehen von Saatgut, in dem Wurf des Viehs. Wie das Geld die nach Qualität und Quantität am gleichmässigsten zu bestimmende Ware ist, so ist der Geldzins nur die genauest berechenbare Form des Zinses.

Die Freigeldtheorie erklärt im Grunde nur den Gewinn aus Geldkapital, der gewiss, aber nicht anders als jeder Unternehmergeinn, auf den Zins von Einfluss ist. Sie ist insofern unvollständig, als sie sich an die technischen Qualitäten des Metallgeldes klammert. Sie geht auf die Verhältnisse der Goldwährungsländer unter der knappen Golddecke zurück und verleugnet ihre Beziehungen zum Bimetallismus nicht.

Die Freigeldlehre kommt auf das schon von Law mit Recht vorgebrachte Argument zurück, die Edelmetallproduktion beeinflusse durch ihre Schwankungen das Geld, ein staatliches Papiergeld könne diese Schwankungen ausschalten und damit die Preise stabiler gestalten. Die absolute Währung will aber nicht nur die störenden Einflüsse auf der Geldseite ausschalten, sie will die Preise gleichmässig gestalten und hofft dies durch Verschiebungen des Geldes zu erreichen, die sich nach dem Warenangebot richten. Der Staat soll es in der Hand haben, die Menge des Geldes so zu regulieren, dass eine bestimmte Geldsumme einer bestimmten Warenmenge gleich ist. Christens absolutes Geld soll gleich sein einem Kilogramm Durchschnittsware.

Dieser Vorschlag entspricht dem des Prof. Irving Fisher, an Stelle des Golddollars einen Index Number-

Dollar einzuführen, dessen Wert monatlich von einer dazu eingesetzten Kommission festgesetzt werden solle auf Grund des Preisdurchschnitts von 300 der am meisten gebrauchten Naturprodukte und Fabrikate.

Hierbei wird von der Voraussetzung ausgegangen, die Menge der Zahlungsmittel bestimme die Preise. So wie die Änderung dieser Menge durch die Verschiebungen in der Edelmetallproduktion unliebsam das Preisniveau umgeworfen hätte, könne bewusster Regulierung dieser Menge eine Stabilisierung der Preise gelingen. Freigeld verlangte in der Schweiz am 27. Juni 1918 als Massnahme gegen die Teuerung einen Rückzug von Banknoten, genau solange die steigende Tendenz der Warenpreise anhielte, und im Februar 1919 eine Vermehrung der Zahlungsmittel als zur Zeit einzig mögliche durchgreifende Massnahme gegen die bestehende Arbeitslosigkeit.

Die *Quantitätstheorie*, die bei Bodinus zuerst vertreten ist, setzt einfach Warenmenge und Geldmenge einander gegenüber. Als hätte das Geld keine andere Funktion, als dem Warenaustausch zu dienen, und als wenn dieser sich stets unter gleichbleibenden Bedingungen vollzöge. Nun dient aber das Geld den verschiedensten Zwecken, nicht nur Waren werden damit gekauft, auch Löhne damit bezahlt und Rechte abgelöst. Als Tauschgut ist das Geld nicht nur Mittel des Verkehrs, es stellt zugleich die flüssigste Form des Kapitals dar, die absatzfähigste Ware und die kurzfristigste Anweisung. Bestehende Vermögen können versilbert, in Geld aufgelöst werden, umgekehrt wird Geld wieder in langfristigen Anlagen festgelegt. Und wie der Bedarf an Geld mannigfach und wechselnd ist, so wird die Geldfunktion durch die verschiedensten Mittel ausgeübt. Einst dachte man bei Geld vor allem an die Edelmetalle. Eine aufsteigende Volkswirtschaft, wie die schottische im 18. Jahrhundert oder die deutsche 1850—1870, behalf sich mit Papier, das wie in Südamerika so jetzt in Europa überall zur Herrschaft gelangt ist. Als die Noten in England eingeschränkt wurden, dehnte sich in den 50er Jahren der Checkverkehr aus, und heute wird vielerorts der grössere Teil der Umsätze durch bargeldlose Umschreibungen besorgt, während umgekehrt in Krisen wieder zum Papier und bei seiner Entwertung, wie in Frankreich nach der Assignatenzeit, zum Edelmetall gegriffen wird.

So wenig von irgend einer Seite der Einfluss der Geldmenge auf die Preise geleugnet wird, so schwer wird es der Quantitätstheorie, nachzuweisen, dass sie sich genau nach der Geldmenge richten. Und darauf käme es doch an. Fehlt es an Geld, so nimmt man Geldersatz, dehnt den bargeldlosen Verkehr aus oder kehrt zum Tausch zurück. Die Quantitätstheorie nimmt in ihrer bereinigten Form hierauf Rücksicht. Aber

immer noch liegt kein statisches Problem vor. Nur die zum Tausch gelangenden Waren, nur das zum Tausch verwandte Geld bestimmen die Preise und jedesmal wenn sie dazu verwandt werden. Danach soll die *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes entscheiden. Wie ist aber die zu messen? Auch Silvio Gesell gibt zu, dass die Zahlungssitten, die Ausbildung der Handlungstechnik, einen Einfluss ausübt, also doch nicht das Geld allein, worauf es doch ankommt. Eine in lauter selbständige Unternehmungen zerfallende Volkswirtschaft braucht mehr Geld als eine solche, in der kombinierte Betriebe überwiegen, das Garn also z. B., ohne auf den Garnmarkt zu kommen, in dem gleichen Unternehmen von der Spinnerei in die Weberei gelangt. Die Konzentrierung der Zahlungen auf bestimmte Termine verlangt für diese wie etwa die Quartalsenden mehr Geld, gestattet auf der andern Seite an ihnen einen stärkeren Ausgleich durch Abrechnung. Die Bankpraxis weiss ungefähr, welche Ansprüche ihr bevorstehen. Was aber würde eine genaue Messung der früheren Preise nutzen? Sie kann die wichtigsten Daten für die Vergangenheit bieten, uns über die Gesetzmässigkeit in den Konjunkturen aufklären, aber nie kann sie uns exakte Daten über den Geldbedarf von morgen geben, den wir immer nur schätzen können.

Stimmung, Börsenmeinung, die uns so notwendige, wenn auch so unvollkommene Schätzung des morgen möchte Gesell ausschalten. Die Statistik soll uns automatisch angeben, wie viel Geld gebraucht wird. Steigen die Preise, wird weniger ausgegeben, sinken sie, mehr. Wo aber soll die Norm stehen? Freigeld will keine Zusammenziehung des Wirtschaftslebens, die müsste unter allen Umständen vermieden werden, Fisher aber will zu den Preisen von 1916 zurück. Freigeld liegt es ob, uns eine ausreichende Methode der Preisstatistik zu liefern. Wie schwer ist schon die Feststellung eines richtigen Kurszettels. Nicht nur die Mannigfaltigkeit der Preise, sondern auch die Massen, für die sie gegolten, müssten in ihm ersichtlich sein. Und jetzt eine Statistik, von der nicht der Anfang des morgigen Börsentages, sondern das ganze Wirtschaftsleben eines Monats abhängt! Da mag es rote Köpfe in der Festsetzungskommission geben. Silvio Gesell glaubt, die Sache einfach lösen zu können. Die Preise sollen durch Sammeln der Angaben der Warenerzeuger festgestellt werden. Gesell glaubt, dass einzelne falsche Angaben hier durch die Masse der andern korrigiert würden. Die Gefahr besteht aber gerade darin, dass eine ganze Gruppe unter Umständen tendenziös deklariert. Falsche Angaben sollen als Urkundentäuschung bestraft werden. Der Staat hätte also doch noch zu tun! Und solche Produktionsstatistik sagt uns noch gar nichts. Wir wollen doch nicht die Preise des Angebots allein wissen,

sondern die wirklich gezahlten. Dazu verhilft uns nur eine Haushaltstatistik, die uns die Kosten der Lebenshaltung zeigt, wie das in den Schweizer Erhebungen versucht wurde. Nur so werden die aus dem Ausland eingeführten Waren miterfasst, deren Preise für den Konsumenten doch gleich wichtig sind. In dieser Statistik haben die Amerikaner viel weitergehende Versuche gemacht.

Die zentralen Notenbanken sind heute für den Geldumlauf bestimmend. Freigeld möchte ihnen diese Aufgabe entziehen und sie einem automatisch wirkenden staatlichen *Währungsamt* anvertrauen. Dies *Währungsamt* wäre auf der einen Seite ungeheuer wichtig. Jede Auf- und Abbewegung der Preise würde zu einer Willensäußerung des *Währungsamtes*, für die es verantwortlich sei. In ihm konzentrierte sich schliesslich alle soziale Tätigkeit. Denn die andern Staatsaufgaben, Schule, Heer, Gericht kommen bei Freigeld in Wegfall, nur für den Verkehr hat der Staat noch weiter zu sorgen, für Strassen und Geld¹⁾. Allein das *Währungsamt* braucht kein grossartiges Gebäude mit Hunderten von Beamten wie die Reichsbank. Es hat keine Schalter, nicht einmal einen Geldschrank. Wie aber kommt das Geld unter die Leute? Dafür sorgt der *Finanzminister*, der es als Steuererlass verteilt oder Staatsschulden aufkauft, umgekehrt auch neue Schulden ausgibt oder Nachsteuern erhebt. Im *Währungsamt* genügt schliesslich ein Mann, der das Geld von der Reichsdruckerei den Staatskassen übergibt und der das für währungstechnische Zwecke von den Steuerämtern eingezogene Geld verbrennt. „Das ist die ganze Einrichtung. Eine Presse und ein Ofen. Einfach, billig, wirksam!“²⁾. Das *Währungsamt* kann also einem Heizer anvertraut werden, der der Teuerung durch richtige Verbrennung des eingezogenen Geldes vorbeugt. So wissen auch die Steuerzahler, wo ihr Geld bleibt.

Diese Schätzung der Handarbeit ist gewiss zeitgemäss und gerade heute möchten wir die Rolle, die dieser Freigeldheizer im Wirtschaftsleben spielen könnte, nicht unterschätzen. Sowohl Paris wie Wien haben Freudenfeuer in Assignaten und Bancozetteln gesehen. Es sei aber doch ein Zweifel erlaubt, ob wir mit solchem Vertrauen in den Staatsmechanismus nicht zu weit gehen würden. Gesell hofft, mit einem Drittel des jetzigen Geldes auszukommen, wenn seine Reform vollendet wäre. Die vollkommenere Technik des Handelsverkehrs würde die Umsätze viel einfacher gestalten können. Als Finanzminister der bayerischen Räterepublik hätte Gesell aber, wenn ihm die Noten-

presse zur Verfügung gestanden hätte, gewiss gern vorläufig mehr Geld ausgegeben. Ist doch die übermässige Ausnutzung des frühkapitalistischen Mittels der Notenausgabe das einzige positive, wozu der Sozialismus bisher seine Macht gebraucht hat. „Herr der Konjunkturen“ soll das *Währungsamt* sein. Es verfertigt die Nachfrage, die doch nur durch die hinter ihr stehenden Produktivkräfte wirksam gestaltet werden könnte. Viel Ware, viel Geld! soll die Richtungslinie des *Währungsamtes* sein, das über eine ewig sprudelnde Geldquelle verfügt. „Die Preise dürfen niemals fallen,“ sagt Gesell. Im Zweifel wird sich also Freigeld eher für Geldvermehrung als für Geldverminderung entscheiden. Arbeitslosigkeit darf es nicht mehr geben. Auch wenn die Preise schon hoch wären, müsste Freigeld sie lediglich durch Mehrausgabe von Geld bekämpfen.

Das Wirtschaftsleben erscheint uns durch eine Fülle selbständig entscheidender Wirtschaftser bestimmt. Weder auf den Staat noch auf die Verantwortlichkeit der einzelnen können wir verzichten, wenn es sich darum handelt, Einnahme und Ausgabe wieder in das Gleichgewicht zu bringen, und mit der Geldreform allein, so wichtig sie ist, ist es da nicht getan. Aber auch Freigeld sieht sich nach Sicherungen um, wenn etwa Druck und Verbrennung der Noten sich nicht restlos dem Bedarf anpassen. Gesell findet sie in dem *Steuerzahler*, der durch Steuernachlass oder Nachsteuer den Ausgleich trägt. So kommt Freigeld wie Freiland nicht auf freie Geldherstellung hinaus, Freigeld ist Staatsgeld, das mechanisch nach der Preisstatistik ausgegeben wird, um die Preise gleich hoch zu halten, jede in ihnen vorkommende Verschiebung sogleich auszugleichen. Die Kosten dieses gewagten Experimentes aber hat der Steuerzahler zu tragen, d. h. da Grundrente und Zins wegfallen, der Arbeiter.

Freigeld will aber nicht nur, indem seine eigene Menge schwankt, einen gleichbleibenden Wertmassstab bilden, etwa wie die Gegenbewegung beim Schlingertank dem Schiff auch bei bewegter See ruhigen Gang gewährt. Es will auch den Zins abschaffen. Dazu soll das Geld seines Vorzugs der Dauerhaftigkeit entkleidet und den Waren gleichgestellt werden. Gesell will nicht wie Proudhon die Waren zu Geld machen, sondern das Geld zur Ware. Das physiokratische Geld wird mit einem negativen Zins ausgestattet, es verliert jedes Jahr von selbst 5% ohne weiteres. Was Law durch die Geldfülle erreichen wollte, wird hier durch die automatische Wertverminderung des Geldes erstrebt, raschester Umsatz des Geldes und Herabsetzung des Zinsfusses bis zum völligen Verschwinden.

Die Lehre vom *Zinse* war dadurch lange auf einem toten Geleise, dass man beim *Zinse* nur seine

¹⁾ Silvio Gesell, Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft, 1919.

²⁾ Die natürliche Wirtschaftsordnung, S. 248.

äussere Form, die Beziehung auf ein Gelddarlehen in bestimmter juristischer Prägung betrachtete. Seine wirtschaftliche Bedeutung wurde richtiger erkannt, als man ihn als einen Überschuss fasste, der aus dem Gewinn, aus der Produktion oder der Bedarfsordnung abzuleiten sei. Nicht wie schon Turgot in der Produktion, sondern in der Zirkulation lässt Silvio Gesell mit Proudhon den Zins entstehen. Ihre Lehre bedeutet aber insofern einen Rückschritt, als sie ihn aus der *technischen Qualität des Geldes* erklären. Alle Waren leiden unter Fäulnis, Rost, Verflüchtigung, nur das Geld bleibe seinem Besitzer in gleicher Güte erhalten. Diesen Vorteil nutze der Geldbesitzer dadurch aus, dass er nur gegen Zins mit dem Warenbesitzer tausche.

Zinsfeindlich ist nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer, wie Solvay, der gern seinen ganzen Gewinn behalten, ihn nicht mit dem Kapitalbesitzer teilen möchte. Aus Silvio Gesell spricht der Händler, der seine Ware möglichst schnell auf dem Ladentisch umsetzen, sie womöglich gleich von der Bahn in den Keller des Konsumenten befördern möchte. Da mag dieser die Gefahr des Verderbens der Ware tragen! Ist aber seine Schilderung der Ware zutreffend? Faulende Eier, rostendes Eisen, schwindender Schnaps sind Gesells Warentypen. Aber selbst die leicht verderblichen Lebensmittel sucht man doch durch Salzen und Räuchern, durch Kühlanlagen und Konservenbüchsen zu Dauerware zu machen. Wein wird durch Lagerung besser, Instrumente gewinnen durchs Alter. Und nicht auf die technischen Qualitäten kommt es hier an. Teppiche und Stoffe, auch nur einigermaßen erhalten, werden ebenso wie gute Kunstwerke wertvoller mit der Zeit. Und was nützt die Feuerbeständigkeit des Goldes, wenn neue Funde den Besitzern seinen Wert mindern?

Das physiokratische Geld soll die technische Eigenschaft der faulenden Eier erhalten. Das Freigeld wird in der Staatsdruckerei gedruckt. Es sieht aus wie Freimarken. Will man das Geld dem ihm eigentümlichen Schwund, den 5% im Jahr, entziehen, so muss man dem verfallenen Abschlagszins entsprechend neue Marken auf die betreffenden Jahresabschnitte kleben. Wahrscheinlich wird dann nur solches aufgefülltes Geld genommen werden. Jeder aber wird ängstlich auf den Kalender achten müssen. Bei Jahresschluss wird alles Papier durch neues ersetzt. Niemand wird dieses faule Eiergeld behalten wollen. Das ist der Zweck der Neuerung. So schnell wie möglich wird man suchen, es auszugeben, das soll den Warenstrom in Gang halten. Aber man kann sich doch nicht nur mit Waren vollstopfen. Ein Teil des Geldes, den man zurzeit nicht braucht, wird ausgetan als zinsloses Darlehen, bei dem man dann wenigstens nicht verliert. Die Geld-

überschüsse sollen in Produktionsmittel ohne Rücksicht auf die Einträglichkeit umgewandelt werden. Der Zins ersäuft in einer Überfülle von Kapital. Dafür kann dann soviel gebaut werden, dass Freigeld zu einem Überfluss von Wohnungen, Fabriken und Schiffen führt. Wir sehen, das Übermass des Geldes soll doch nicht in den Ofen wandern, der Freigeldheizer bekommt nicht viel zu tun. Freigeld rechnet mit weitblickenden Geldbesitzern, die ihr Geld nicht dazu benutzen, unter allen Umständen sich Ware zu verschaffen, und damit die Preise hochtreiben, wo sie dann die zur Geldeinzahlung nötigen Steuern zahlen müssten, sondern die, um später auch Geld zu haben, und wäre es auch nur physiokratisches, es zu produktiven Anlagen ausleihen.

Dieser Vorschlag des physiokratischen Geldes stammt aus der Vorkriegszeit, als es noch viel Papier gab. Seitdem sind wir an andere Abschläge gewöhnt. Bis zu 50% und mehr gehen die Steuern, und ein Geld, das nur 5% im Jahre verlöre, würde jeder Europäer heute als sicherste Kapitalanlage ersehen. Zins ist Differenz. Wenn auf andern Anlagen grössere Verluste wären, wäre auf dem nur 5% verlierenden Freigeld noch ein Gewinn. Gesell sieht ja selbst einen Vorteil in dem zinslosen Darlehen gegenüber dem Festhalten an dem in seinem Wert verlierenden Freigelde.

Der Abschlagszins als regelmässige Amortisationsquote hat manches mit dem Zinse gemeinsam. Er stellt auch eine gleichmässig konstruierte Grösse dar, die den wirklichen sehr verschiedenen Abnutzungen und Entwertungen nur unvollkommen entspricht. Der positive Zins ist aus entsprechenden Gewinnen zu erklären. Ohne Überschüsse, die zu produktiven Anlagen verwandt werden, wird die Volkswirtschaft stillstehen oder zurückgehen müssen.

Wenn man unter Freigeld weiter rechnet, wird man bei Wegfall des Zinses sein Geld doch lieber für Ware ausgeben. Selbst wenn man sein Vermögen nicht in Ware (Dauerware, Mobilien u. dgl.) anlegt, wird man beim Ausleihen die sichere Anlage bevorzugen. Und sollte es unter Freigeld nur verschiedene Grade des Verlustes geben, keine Möglichkeit, aus den erhofften Überschüssen dem Kapital einen Teil als Zins anzubieten? Die Überfülle von Kapital, die Gesell erhofft, wird durch negativen Zins schwerlich herbeiströmen, die Kapitalbildung würde bei ihm vielmehr durch den unmittelbaren Konsum verschlungen werden. Was soll ich für andere Leute Häuser bauen, wenn sie mir keinen Zins zahlen? Es ist zu fürchten, dass mit der Geldrücklage auch die andern für eine weitergehende Volkswirtschaft unentbehrlichen Rücklagen aufhören. Freigeld ist ja bereit, sie durch die „ewig sprudelnde Geldquelle“ zu ersetzen.

Gelegentlich scheint es, als habe Freigeld nur die Marktverhältnisse vor Augen ohne die dahinter liegenden Produktions- und Konsumtionsprobleme zu würdigen. Seine Theorie ist nur auf die effektiven, zum Tausch gelangenden Vorräte zugeschnitten, etwa wie im Mittelalter an der Marktwage aller Verkehr sich abspielte. Ware-Geld, das ist ihre einzige Formel. „Wie man die Waren nicht anders als gegen Geld verkaufen kann, so kann da Geld nicht anders als gegen Ware verkauft werden.“ Das ist der Grundstein der Theorie¹⁾. Dann aber wird doch der Güter entfernterer Ordnung gedacht, die in der heutigen Wirtschaft solch grosse Rolle spielen, der Maschinen, Fabriken, des Kapitalverkehrs. Und hier soll sogar Freigeld als zinsloses Darlehen diesen Posten der Volkswirtschaft reichlich dotieren helfen. In dieser Frage der Rücklagen liegt überhaupt der schwache Punkt des Sozialismus.

Wer spart denn heute? Die grossen Investitionen wurden von den grossen Einkommen gemacht. Werden diese im Interesse einer gleichmässigen Verteilung beschnitten, so ist gar nicht gesagt, dass nun die Massen diese Rücklagepflicht übernehmen. Keynes²⁾ macht mit Recht darauf aufmerksam, dass die höheren Löhne und die gleichmässiger verteilten Einkommen vielleicht nur zu einer allgemeinen Steigerung der Lebenshaltung führen. Der Warenstrom wird eifrig begehrt, aber wenn die Rücklagen fehlen, werden die Quellen seines regelmässigen Flusses nicht genügend gespeist.

In dem Verhältnis von unmittelbarem Konsum und als Kapital verwandten Rücklagen wird, seit es eine Theorie gibt, das wichtigste Problem der Volkswirtschaft gesehen. Gesell sieht die hier liegenden Schwierigkeiten nicht. Durchschnittsware ist Durchschnittsware, mag in einem Monat in der Hauptsache für die Nahrung gesorgt sein, oder mögen die Einkäufe für Hausrat etwa auf einer Messe bestimmend gewesen sein, oder mag die maschinelle Einrichtung eines neuen Erwerbzweiges den Geldbedarf beeinflusst haben.

Nur der Zins kann fremdes Kapital zu langfristigen Anlagen bewegen. Solange es verschiedene selbständige Wirtschaften gibt, wird es einen Zins geben, auch wenn man das Geld abschaffte, es, was ja denkbar wäre, durch ein Umschreibeverfahren ersetzte. Eine Aufhebung des Zinses liesse sich nur durch die Zusammenfassung aller Wirtschaft in einem öffentlichen Betriebe denken. Die diesen leitende Stelle hätte dann zwischen Konsum und Rücklage zu entscheiden. Sie wird aber, will sie nicht Raubbau treiben,

auf produktive Anlagen sehen müssen und hierzu eine Berechnung nicht entbehren können, die mit festen Amortisations- und Zinsquoten rechnet. Wenn die private Spartätigkeit erlahmt, wäre der Staat berufen, für die nötigen Rücklagen zu sorgen. Aber wird nicht gerade eine demokratische Verwaltung weit eher geneigt sein, die Zukunft zugunsten der Gegenwart zu belasten als der Gegenwart Abstriche zuzumuten zugunsten der Nachfahren? In der Häufung der unproduktiven Staatsschulden liegt doch die Gefahr unseres Wirtschaftslebens und darin, dass sie statt verzinslicher Anlagen die Form des Geldes angenommen haben, die Zerrüttung unserer Währung.

Wird uns Freigeld mit seinem Abschlagszins aus dieser Valutanot bringen? Dazu sind die 5% im Jahre viel zu wenig, und mehr wäre ein Raub. Das Problem liegt in der Doppelnatur des Geldes begriffen, als Verkehrsmittel und Kapitalanlage. Eine Entlastung des Geldmarktes kann nur durch Geldvernichtung auf Grund von Steuerzahlung oder durch Rückverwandlung von Geld in Kapital stattfinden. Statt des faulen Eiergeldes von Gesell, des ständig an Wert verlierenden physiokratischen Geldes schlägt daher ein anderer Geldreformer, der New-Yorker N. Johannsen das Zinsgeld vor. Die Vereinigten Staaten haben im Bürgerkriege solches Geld ausgegeben. Der Zins bewirkte, dass man es, um seiner zu geniessen, als Kapitalanlage zurückhielt. So drückte dies Geld nicht auf die Preise. In der Tat liegt in solcher Einsperrung des Geldes durch den Zins, die natürlich dem Staate etwas kostet, eine wichtige Möglichkeit der Geldverminderung. Es wird damit direkt dasselbe gemacht, was der Bund Ende 1918 durch Einziehung der Noten und Ausgabe von Obligationen erreichte.

Die Zinslehre ist der schwächste Punkt der Freigeldlehre und doch gerade ein sehr wichtiger Teil von ihr. Silvio Gesell ist Praktiker, aber gerade bei Praktikern findet sich oft eine merkwürdige Verrantheit in Einseitigkeiten, die der Fülle des wirklichen Lebens nicht gerecht werden. Vielleicht ist hier der wissenschaftliche Forscher unbefangener. Er glaubt nicht an Dogmen, für ihn ist die Wissenschaft ständig im Fluss. Die ungenügende Antwort eines Gelehrten sagt doch nichts gegen eine Lehre überhaupt, sondern zwingt nur zu ihrer Überprüfung, Änderung oder Ersetzung. So sind manche Bemerkungen Gesells gegen Marx und Böhm-Bawerk nicht unrichtig. Bei Marx wird mit Recht die ungenügende Behandlung des Handlungskapitals gerügt und die Böhmische Zinslehre abgelehnt. Gesell wendet sich vor allem gegen eine Wertlehre, die von einem innern Wert der Dinge ausginge. Nun haben wir aber seit Schäffle immer mehr den Menschen mit seinen Schätzungen an die Stelle der Güter

¹⁾ Die natürliche Wirtschaftsordnung, S. 170.

²⁾ The economic consequences of the peace 1920, S. 18 f.

in der Volkswirtschaft zu setzen gewusst. Das braucht nicht zu einer Aufgabe der Wertlehre zu führen, wir müssen uns nur bewusst bleiben, dass Wert im wirtschaftlichen Sinne immer *Wertschätzung* bedeutet. Der Unterschied zwischen Wert und wirklich gezahltem Preis wird uns vielleicht am einfachsten klar, wenn wir heute in einen Juwelierladen gehen, um ein Schmuckstück taxieren zu lassen. Der Juwelier wird uns fragen, wünschen Sie den wirklichen Wert zu wissen oder den Preis, zu dem ichs Ihnen jetzt abkaufen kann? Die Differenz wird nicht unbeträchtlich sein.

Hat nun Silvio Gesell ein Recht, auf die früheren Werttheoretiker herabzusehen, die einen innern Wert des Geldes suchten, wenn er selbst nicht etwa die Lehre von den Schätzungen fördert, sondern von ihnen ganz absehen zu können meint und rein stofflich, mechanisch das Warenangebot fasst als „mit Ware vollführte, willenlose Handlung“, der ein ebenso automatisch und mechanisch geregeltes Geldwesen entsprechen müsse?

Die Wissenschaft hat wenigstens den Vorzug, dass sie den kritischen Sinn schärft und uns vor Sophismen schützt. In der doppelten Aufgabe des Geldes als Zahlungsmittel und flüssigste Kapitalanlage liegt die Hauptschwierigkeit des Geldwesens. Was wir theoretisch scheiden können, fliesst in der Praxis immer wieder zusammen. Silvio Gesell möchte scharf zwischen Geld als Tauschmittel und Geld als Sparmittel scheiden. Die zweite Qualität soll dem Gelde genommen werden und damit der Zins verschwinden.

Wer unbefangen vor die Frage nach dem Unterschied zwischen Bedarf und Nachfrage gestellt wird, würde in dem Bedarf den Hintergrund der Wirtschaft, den erfüllbaren oder nicht erfüllbaren Wunsch, in der Nachfrage den zu zahlungsfähigem Gebot auf die Bühne des Marktes vorgedrungenen Entschluss sehen. Das Unterscheidende wird also in der latenten oder effektiven Energie des Wirtschaftenden, einerlei, auf welchen Gegenstand sie sich erstreckt, zu suchen sein. In der verschiedenen Richtung aber möchte Gesell gerade den Unterschied sehen. Die *Nachfrage* nach Geld ginge von dem *Warenstrom* aus, bei dem *Bedarf* an Geld, bei Wechseln, Papieren sei von dem Zinsfuss die Rede¹⁾. Die *Nachfrage* ginge von einer Sache aus, von der Ware, der Bedarf von einer Person. Nur der ersteren soll das Freigeld dienen, genau die Warenmenge messen und durch sicheres Angebot von Geld den Warenstrom aufnehmen. Die mit Preisen gemessene Geldnachfrage soll durch Freigeld befriedigt

¹⁾ S. 162: „Wer im Flusse dieser Untersuchung an Geldbedarf denkt, wenn ich von Nachfrage spreche, der soll dies ungesunde Buch zuklappen. Es ist nicht für ihn geschrieben.“

werden, der mit dem Zinsfuss gemessene Geldbedarf dahinfallen. Das Mittel dazu wäre der Abschlagszins, der das Geld nicht stocken liesse. Die Nachfrage wird zu einer „leb- und willenlosen Sache“.

Die Tatsache eines drängenden Warenangebots bestand vor dem Kriege. Es wurde auf Vorrat gearbeitet. Die Reklame musste den Konsum anspornen. Dieser Zustand hing aber nicht mit den Geldverhältnissen zusammen, sondern mit der Ausbildung des Produktionsapparates. Früher, in den Zeiten des Handwerks, war der Konsument dem Produzenten nachgelaufen, der Handwerker liess warten. Jetzt hatte die Produktion den Bedarf nicht nur eingeholt, sondern war ihm vielfach vorausgeeilt. Den fehlenden Absatz sollte nach Freigeld das Reichswährungsamt schaffen! Die Zerstörung und Erschöpfung der Produktionsmittel im Kriege hat inzwischen das Verhältnis wieder verschoben. Der Konsument kann froh sein, wenn er überhaupt etwas bekommt, und der Produzent liefert freibleibend! Diese Verschiebung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsum ergibt sich aus der veränderten wirtschaftlichen Lage, der das Geld nur folgen konnte. Es verlor seine Kaufkraft, auch mit guten Worten war damit oft weniger zu erreichen als mit Ware. Wer Ware hat, ist heute besser daran als der Geldbesitzer, auch ohne Freigeld.

Auch der Zins ist in seiner Bedeutung zurückgegangen. Statt einer regelmässigen Einkommensquelle aus seinem Vermögen zu geniessen, ist heute mancher froh, wenn er durch regelmässige Sicherungsgebühren (Abschlagszins) sich einen Rest davon bewahren kann. Die genaue Kalkulation, die der Zins voraussetzt, ist heute vielfach noch nicht möglich. Wilde Konjunkturgewinne und Verluste vorübergehender Art beherrschen die Stunde. Die öffentlichen Stellen werden gelegentlich zu Unternehmungen gedrängt, bei denen die Beschäftigung Arbeitsloser eine grössere Rolle spielt, als eine erreichbare Produktivität. Für langfristige Anlagen ist der Kapitalmarkt noch schwer zu haben. All das beweist aber nur die Unsicherheit der gegenwärtigen Lage. Alle verantwortungsvollen Stellen möchten möglichst bald wieder kalkulieren können, das ist aber nicht möglich ohne Zins. Ohne Zins kein Kredit, ohne Kredit, ohne die Hoffnung auf spätere Produktivität keine Möglichkeit des Aufbaus. Das hat auch Sowietrussland eingesehen. Mit den vorhandenen Waren und dem vorhandenen Gelde mag ein primitiver Markt oder eine gesättigte Volkswirtschaft Tauschgeschäfte treiben. Mit nichts und wider nichts ruft auch kein Freigeld einen Warenstrom hervor. Ohne Zins, darin hat Marx recht, käme nur eine einheitlich geordnete Produktion aus. Aber sie müsste eine universale sein, bei der auch von Verschuldung des einen

Staates gegen den andern nicht die Rede wäre. Wie weit sind wir von solchem Zustand entfernt, wo solche Bürden nicht im wirtschaftlichen Tausch, sondern durch Ausnutzung einer Machtposition den Völkern auferlegt werden! Mit einer verunglückten Begriffsspielerei, wie sie Freigeld versucht, hier Warenberg, auf den wir Preise schreiben, dort Wechsel, Obligationenberg, auf den wir Zins schreiben, lässt sich der Zins nicht beseitigen, nur der Kredit erschüttern. Der Zins ist auch ein Preis, und einer der wichtigsten Preise bleibt er, auch wenn er in Abschlagszins umschlägt, bei Freigeld ebenso. Würde Freigeld nicht heute 6% verlieren, und was wäre das für die Volkswirtschaft für eine wichtige Verschiebung! So wenig wie die Möglichkeit einer Aufhebung der Grundrente lässt sich in einer Wirtschaft verschiedener selbständiger Unternehmer, die immer gelegentlich voneinander abhängig werden, ein Fortfall des Zinses beweisen. Das Problem der sozialen Ordnung ist ein Organisationsproblem, nicht automatisch fließender Stoffe, sondern wollender Menschen, bei dem es heisst, Wirksamkeit der Unternehmung mit Freiheit der an ihr Beteiligten zu verbinden. Durch einfaches Wegdisputieren bestimmter Einkommensarten ist hier nichts erreicht.

Herr Silvio Gesell hat in seiner „natürlichen Wirtschaftsordnung“ wohl einzelne Lehren, wie die von der Grundrente, gefördert, andere wie Böhm-Bawerks Wertlehre richtig bekämpft. Es ist wahr, dass Böhm wohl das dickste Buch über den Zins geschrieben, mit seiner eigenen Theorie aber keinen befriedigenden Abschluss gegeben hat. Gegen ihn hat besonders Schumpeter den Grundsatz vertreten, nicht aus dem Darlehen, nur aus dem Unternehmergewinn ist der Zins zu erklären. Die eigene Lehre, Freigeld, ist aber ganz ungenügend, weil sie einen Rückfall in die mechanische Güterlehre bedeutet, Warenstrom, Geld-

menge, und auf die Triebkräfte der handelnden Menschen nicht genügend Rücksicht nimmt. Freiland und Freigeld rufen den Staat auf zur Herstellung der natürlichen Wirtschaftsordnung. Diese ist aber nur dem Namen nach frei. Ständig muss der Staat in sie eingreifen durch Einzug der Pachten und Verteilung des Mutterschutzes, durch Neudruck und Verbrennung des physiokratischen Geldes, dieses Geldes mit dem hippokratischen Zuge, vor dem Gesell uns nicht genug Verachtung einflössen kann! Durchtränkung mit Schwefelwasserstoff meint er, würde es noch schneller zirkulieren lassen, als der Abschlagszins. — Gewiss sind auch von unsern Zentralbanken Fehler gemacht. Wir hätten ihnen allen grössere Selbständigkeit vor dem Finanzministerium wünschen mögen. Als ganz veraltet und irreführend wird mit Recht die mechanische Auffassung von der metallischen Drittel- oder 40%-Deckung beiseite geschoben. Sie kann geradezu zu einer verhängnisvollen Zuvielausgabe von Noten führen, wenn man auf diese Dritteldeckung hinsteuert, wie das in Deutschland geschah. Als Warnungszeichen hatte die Vorschrift historisch beschränkte Bedeutung. So hat die Schweizer Nationalbank zu der richtigen Einziehung ihrer Noten (Herbst 1918) die Angst, die Deckung zu unterschreiten, mit getrieben. Den Direktoren der Notenbanken sind entgegen den früheren mechanischen Vorschriften immer grössere Vollmachten gegeben, in dem Bewusstsein, dass sie rasch und sicher abzuschätzen und zu disponieren haben. Wir wissen, dass sie dies Vertrauen nur im Kontakt mit der Staatsgewalt und der Verkehrswelt geniessen können. Männer klaren Überblicks und eiserner Entschlusskraft brauchen wir an diesem entscheidenden Steuer der Volkswirtschaft, nicht Maschinen, und auch als Sozialist wird man das Schicksal der Währung lieber einem gewiegten Bankdirektor anvertrauen als dem Heizer von Freigeld.

Dr. Th. Christen †.

Ein tragisches Geschick hat dem unermüdlichen schweizerischen Vorkämpfer der Freigeldtheorie die Feder aus der Hand genommen, als das Resultat dieser Umfrage eben der Öffentlichkeit übergeben werden sollte. Herr Dr. Theophil Christen hat, mitten aus einer aussichtsreichen neuen Tätigkeit heraus, bei einem Bade im Genfersee sein Leben lassen müssen. Die Trauer um den lautern und aufrechten, von einem unbedingten Willen zur Sachlichkeit beselzten, zur

Verteidigung seiner Lehre allezeit bereiten Mann teilen auch diejenigen, die ihm im Leben als theoretische Gegner schroff gegenüberstanden. Die Redaktion, indem sie die bei ihr eingegangenen Beiträge zur Kritik der Freigeldtheorie hiermit der Öffentlichkeit übergibt, bedauert aufs tiefste, dass eine Erwiderung des Herrn Dr. Christen auf die in diesen Beiträgen gegen seine Lehre erhobenen Einwände nicht mehr möglich ist.